Handel und Industrie.

Agrarischer Weltmarktschutz und Liebesgabenbezug.

Ein entschiedener Vertreter der deutschen Hochschutzzöllnerei, der Privatdozent Dr. Beckmann, untersucht in der Deutschen Wirtschaftszeitung die Stellung der Einfuhrscheine zum Getreidezoll. Der Einfuhrschein sollte dem agrarischen Osten die bei seiner Ueberproduktion nicht gesicherte Wirkung des Schutzzolles gewähren und dem östlichen Großgrundbesitz die Auslandsmärkte trotz unserer Schutzzölle offen halten. Soweit er nur diese Wirkung hat und solange jede Ausfuhr im Osten durch eine Einfuhr im Westen kompensiert wird, erklärt Beckmann den Einfuhrschein als berechtigt. Doch er tritt der agrarischen Lüge entgegen, daß das Einfuhrscheinsystem angesichts des dauernden Roggenausfuhrüberschusses einem „Schutz der nationalen Arbeit" dient. Seitdem sich eine Mehrausfuhr, insbesondere von Roggen, herausgebildet hat — zu diesem Schluß kommt Beckmann —, ist der Schutz der nationalen Arbeit zum Schutz der Weltmarktsarbeit geworden, denn der Einfuhrschein sichert jetzt einer ungemessenen Produktion für den Weltmarkt den vollen deutschen Zollschutz. Damit zieht er unsere Agrarerzeugnisse in höherem Grade, als es den natürlichen Verhältnissen entspricht, in den Weltverkehr hinein. Dies aber steht im Widerspruch mit den letzten Zielen unserer Zollpolitik, führt er weiter aus, denn diese sollte uns gerade aus der Bindung des weltwirtschaftlichen Verkehrs nach Möglichkeit lösen, uns vom Auslande sowohl als Lieferant von Lebensmitteln wie als Abnehmer von Fabrikaten unabhängiger machen. Gerade in diese doppelte Abhängigkeit vom Weltmarkte, aus der uns der Zoll retten will, führt uns der Einfuhrschein hinein. Auf der einen Seite beschränken wir die Erzeugung von Weizen ein und steigern dafür den Weizenimport, der uns vom ausländischen Weizen abhängig macht; auf der anderen Seite dehnen wir den Anbau von Roggen und Hafer über unseren eigenen Bedarf aus und müssen darum immer größere Mengen dieser Getreidearten auf dem Weltmarkt unterbringen. So kommen wir immer mehr in eine bedenkliche Abhängigkeit vom Weltmarkt schon auf der agraren Seite. Nationalwirtschaftlich aber ist es ein bedenklicher Luxus, wenn Deutschland nicht das produziert, woran es Not leidet: Weizen und tierische Produkte, fordern Roggen und Hafer über den eigenen Bedarf hinaus für den Weltmarkt anbaut, auf dem es die Konkurrenz mit Ländern minderer Kultur aufnehmen muß. Wir werden wieder zum Agrarexportstaat. So läuft der Einfuhrschein in seiner heutigen Form den beiden Zielen unserer Zollpolitik: der Selbstversorgung und der weltwirtschaftlichen Selbständigkeit unserer Volkswirtschaft, zuwider.

Bei der Mehrausfuhr sind, wie auch Beckmann zugibt, die Einfuhrscheine Zuschüsse der Reichskasse, die sich im Jahre 1912 auf 37,5 Millionen Mark beliefen. Bei einem Gesamtbetrag von 120 Millionen Mark für Einfuhrscheine im Jahre 1913 dürften sie nahezu 50 Millionen Mark erreichen. Wirtschaftlich hat diese Vergütung für die Mehrausfuhr beide Voraussetzungen der Exportprämie. Denn finanziell ist sie ein Verlust für das Reich, materiell ist sie nicht eine Kompensation für eine Produktionserschwerung, sondern eine Förderung des Weltmarktverkaufs.

So erbringt denn auch die Untersuchung des Hochschutzzöllners Beckmann die Bestätigung dafür, daß das Einfuhrscheinsystem zu einem unverfrorenen Raubsystem geworden ist. 50 Millionen Mark und mehr beziehen allein an direkten Roggenliebesgaben in einem einzigen Jahre dieselben Agrarier, die dem Reiche direkte Besitzsteuern verweigern und jede Aufwendung des Reiches für die Opfer der Arbeitslosigkeit als — unmoralisch bekämpfen.

•

Börse.

Auch an der Berliner Dienstagbörse verharrte die Spekulation in Untätigkeit. Waren die Kurse auf den meisten Marktgebieten unter dem Druck der Geschäftslosigkeit anfangs etwas schwächer, so konnte sich später eine leichte Erholung durchsetzen. Es regte die Ermäßigung des Privatdiskonts um ½ Prozent etwas an; der Satz für kurzfristige Wechsel stellte sich auf 3 Prozent, für Dreimonatwechsel auf 2⅞ Prozent.

•

Metalle. Die Preise am Berliner Kupfermarkt unterlagen auf niedrigere Auslandsnotierungen und stärkere Verkäufe einer Abschwächung, sie verloren 1 bis 1½ M. Der Preis für Julilieferung stellte sich bis 123½ M., für Dezemberlieferung auf 125½ M. Bancazinn wurde mit 292, Australzinn mit 288 M. bezahlt. Die Preise verstehen sich für 100 Kilogramm.

•

Terrorisiert, dementiert und gegründet.

Wiederholt berichteten wir über die Vorgänge im Berliner Großeisenhandel. Die Firma Weitzel, die außerhalb der Stabeisenhändler-Vereinigung stand, ist in den Konkurs getrieben worden; alle ihre Versuche, durch Zusammenschluß mit anderen Firmen ihre Stellung zu befestigen, wurden durch Akte des Kartellterrors verhindert. So konnte die Firma Weitzel vor einem Jahre unwidersprochen feststellen, daß die von ihr in Gemeinschaft mit der Chemnitzer Eisenfirma Lippmann gegründete Berliner Eisenhandlung Willi Lippmann G. m. b. H. aufgelöst werden mußte, „weil ein Berliner Großbankier, der sich in die Dienste der Berliner Vereinigten Stabeisenhändler stellte, auf Lippmann einen überaus starken, unüberwindlichen Druck ausübte". Wenige Wochen vor der Konkursverhängung über Weitzel wurde mitgeteilt, daß eine Fusion der Firma Weitzel mit der Eisenexportfirma Feige in Berlin zur Errichtung einer Aktiengesellschaft erfolge. Nicht lange darauf erschien die Erklärung, daß die Fusion gescheitert sei, aber Feige in Fusionsverhandlungen mit der Deutschen Eisenhandel-Aktiengesellschaft stehe. Um diesen Wechsel der Fusionsparteien würdigen zu können, bedarf es nur des Hinweises, daß die Deutsche Eisenhandel-Aktiengesellschaft den Mittelpunkt der Stabeisenhändler-Vereinigung bildet. Auch von den beteiligten Kreisen wurde es offenbar als peinlich empfunden, daß die Oeffentlichkeit den Zusammenhang dieser Affäre begreifen würde, denn die Firma Feige erklärte entgegen einer vorher von ihr selbst erteilten Auskunft in einer Zuschrift an eine Berliner Handelszeitung, daß die Mitteilung über die neuen Fusionsverhandlungen nicht zutreffend sei, vor Jahren hätten allerdings zwischen der Deutschen Eisenhandel-Aktiengesellschaft und ihr Verhandlungen geschwebt, die aber zu keinem Ergebnis geführt hätten. Jetzt berichtet die Metallbörse, die Deutsche Eisenhandel-Aktiengesellschaft in Berlin habe zusammen mit der Eisenexportfirma J. Feige in Berlin, die zu den Außenseitern der Stabeisenhändler zählte, eine neue Aktiengesellschaft mit 1½ Millionen Mark Kapital begründet. In diese Aktiengesellschaft wird das Geschäft der Firma Feige und die Ausfuhrabteilung der Deutschen Eisenhandel-Aktiengesellschaft eingebracht. Durch den Vollzug der kürzlich abgeleugneten Verbindung von Feige mit der Deutschen Eisenhandel-Aktiengesellschaft ist besonders deutlich zu erkennen, mit welchem Aufwand der Vernichtungskrieg gegen einen Außenseiter geführt worden ist.

•

Starker Rückgang des deutschen Eisenexports. Nachdem im April die Eisenausfuhr eine Rekordziffer erreichte, ist im Monat Mai ein auffällig starker Rückgang des Eisenexports eingetreten. Die Ausfuhr betrug insgesamt 467 460 Tonnen gegen 636 652 Tonnen im Vormonat und 550 617 Tonnen im Mai des Vorjahres. Der Wert der Ausfuhr wird mit 97,49 Millionen Mark angegeben gegen 116,84 Millionen im Vormonat und 109,86 Millionen Mark im Mai 1913.

•

Erweiterte Betriebseinschränkung in der Spiegelglasindustrie. Das internationale Spiegelglassyndikat erhöhte für das 3. Quartal 1914 die Zahl der Betriebsfeiertage um 3 auf 46. Der Geschäftsgang soll trotz der schon seit langem beträchtlichen Betriebseinschränkung so ungünstig gewesen sein, daß starke Vorräte angehäuft wurden.

•

Neue Aktiengesellschaften. Mit einem Kapital von 6 Millionen Mark soll die Firma Ehrich u. Graetz (Beleuchtungskörper) in Berlin in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. — Die Form der Aktiengesellschaft nimmt ferner die Firma Auto-Räder- und Felgen-Fabrik Max Hering, Ronneburg S.-A., an. Das Stammkapital dieser Gesellschaft wird 500 000 M. betragen.

Die 20. Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft

wurde während der Konsumvereinswoche in Bremen abgehalten. Zunächst erstattete der Geschäftsführer Seifert den allgemeinen Bericht. Das Ergebnis des Geschäftsjahres war nach Umsatz und Gewinn zufriedenstellend, obwohl die vorjährige Rekordziffer nicht erreicht werden konnte. 25 Vereine haben bei der Großeinkaufsgesellschaft im Berichtsjahre einen Umsatz von über einer Million Mark erreicht. An der Spitze steht der Dresdner Konsumverein. Ihm folgen Essen, Leipzig-Plagwitz, Berlin und die „Produktion" in Hamburg. Der Jahresumsatz dieser 25 Vereine betrug über 63 Millionen Mark. Die Bankabteilung hat sich weiter gut entwickeln können. Der Gesamtumsatz hat erstmalig eine Milliarde überschritten.

Unsere Bilanz weist in allen Teilen normale Verhältnisse auf und ist durchaus liquid. Auch bei Kreis- und Gemeindesparkassen ist größere Liquidität nicht vorhanden. In bezug auf Sicherheit unserer Anlagen und Liquidität unserer Mittel brauchen wir einen Vergleich mit jeder Großbank und auch mit öffentlichen Instituten nicht zu scheuen. Mögen die Genossenschafter unsere Bankabteilung in jedem Sinne, auch den Girobankverkehr, als ihr Werk betrachten. Die Reserven konnten von 6 auf annähernd 7 Millionen unter Nichtanrechnung des Pensionsunterstützungsfonds steigen. Der Pensionsfonds soll in möglichst kurzer Frist auf eine Million gebracht werden. Der Umfang der Geschäfte bedingte die Vermehrung der Geschäftsführer auf fünf und die Vermehrung der Aufsichtsratsmitglieder von 18 auf 21.

Geschäftsführer Lorenz-Hamburg berichtet über die Produktivabteilungen: Das Ergebnis der Seifenfabrik war befriedigend. Wollen wir technisch auf der Höhe bleiben, so müssen wir weit mehr Abschreibungen und fortgesetzt Neuanschaffungen in jedem Jahre vornehmen. Die Gewinne können infolgedessen nicht sehr hoch sein. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind die Umsätze wieder erheblich gestiegen. In Gröba können wir gegenwärtig, so lange die zweite Seifenfabrik in Düsseldorf noch nicht fertig ist, die Aufträge nur durch Ueberstunden bewältigen. Die Seifenfabrikanten und ihre Organisation sind bereits in heftigem Kampfe gegen uns begriffen und schreien um Staatshilfe gegen den Umsturz, gegen die „sozialdemokratischen Rüstungen". Ist die Düsseldorfer Fabrik im Spätherbst fertig, so müssen unsere Stammkunden in Sachsen und Thüringen und Mitteldeutschland ihre Ehre darein setzen, die Gröbaer Fabrik allein völlig zu beschäftigen.

Unsere Zigarrenfabriken haben einen sehr geringen Gewinn bei 2642 Millionen Umsatz erzielt, wie man überhaupt bei dieser Industrie nur mit kleinen Ueberschüssen rechnen kann. Der Umsatz ist zurückgegangen, das Geschäft in Zigarren ist infolge der schlechten wirtschaftlichen Konjunktur überall schlecht gewesen. Wir mußten seit März dieses Jahres, nachdem wir eben drei neue Unterfabriken eingerichtet hatten, unsere Produktion um 33⅓ Prozent reduzieren, eine sehr bedenkliche Erscheinung. Da nicht große Posten Zigarren auf das Lager gelegt werden können, blieb uns kein anderer Schritt übrig. Eine Ursache des geringen Umsatzes soll unsere nicht genügende Leistungsfähigkeit in billigen Zigarren sein. Wir müssen von den Vereinen für die Fünfpfennigzigarre einen höheren Preis als unsere Konkurrenz fordern. Auch ist der Absatz in den sogenannten besseren Sorten, an denen ja verdient wird, bei uns recht gering; wir zahlen gegenüber der Konkurrenz bei geringerer Arbeitszeit an Löhnen 30 bis 40 Prozent mehr. In nächster Zeit werden wir aber wieder die volle Produktion aufnehmen. Wir hoffen, den Umsatz straff und erheblich zu steigern, um unsere Fabriken voll zu besetzen und zu beschäftigen. Wir sind in bezug auf die Löhne an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit angelangt. Wir müssen darauf bedacht sein, in unseren Fabriken das anzufertigen, was der Arbeiter braucht, und hoffen, daß uns dann unsere Arbeiter keine Schwierigkeiten machen. Eine Besprechung verdienten die Frankenberger Vorgänge, die angebliche „Aussperrung" der Arbeiter. Das Schiedsgericht hat uns recht gegeben. Wünschenswert sind solche Vorkommnisse nicht, aber die Genossenschafter sollten nicht gleich nervös werden, wenn einmal eine Notiz über die Arbeitsverhältnisse in unseren Betrieben durch die Presse geht. Mit der Ausdehnung dieser Betriebe vergrößern sich die Reibungsflächen. Dabei können wir uns mit unseren Lohn- und Arbeitsbedingungen überall sehen lassen, wenn wir auch auf die Konkurrenzfähigkeit halten müssen.

Unsere Bautätigkeit ist recht lebhaft. Die Hamburger Zigarrenfabrik hat einen Aufwand von fast 400 000 M., die Frankenberger einen solchen von über einer halben Million erfordert. In Gröba werden wir eine Wohnungskolonie errichten müssen. Im September soll eine Teigwaren- und eine Kistenfabrik in Betrieb genommen werden. Die Zahl der bei uns Ende 1913 beschäftigten Personen betrug 2019.

Den Revisionsbericht der Revisionskommission und des vereidigten Revisors erstattete Bäßlein. Von beiden Prüfungsstellen wird Entlastung beantragt.

In der Diskussion führte Deichmann-Bremen aus: An dem Frankenberger Fall ist vor allem die Leitung des Betriebes schuld. Die Einführung von Neuerungen darf nicht mit Einkommensverschlechterungen der beteiligten Arbeiter verbunden sein. Da die Großeinkaufsgesellschaft mit uns im Tarifverhältnis steht, hätte sie sich zunächst an uns wenden müssen. Auch das Schiedsgericht hat versagt. Die Arbeiter waren berechtigt, zum letzten Mittel, den Betrieb zu verlassen, zu greifen, so sehr das auch bedauerlich ist. Die Einlegung der Vesperpause hätte dazu geführt, daß über 6 Uhr hinaus hätte gearbeitet werden müssen, während in Frankenberg der 6-Uhr-Schluß üblich ist. An dem Rückgang des Zigarrenkonsums ist die Steuerpolitik der Regierung schuld. Wir haben auch Privatbetriebe, die mit der Großeinkaufsgesellschaft die gleichen Arbeitsbedingungen haben. Aber gerade große und leistungsfähige Betriebe gewähren oft elende Arbeitsbedingungen. Sie sollten von den Konsumvereinen boykottiert werden. Zigarren unter fünf Pfennig einzukaufen, ist eine Versündigung gegen die Menschheit. Sorgen Sie dafür, daß die Konsumvereine nur Zigarren bei Fabriken kaufen, die mit dem Tabakarbeiterverband im Tarifverhältnis stehen oder von der Groß-Einkaufs-Gesellschaft.

Lorenz-Hamburg legt seine gegenteilige Ansicht dar.

Güttler-Berlin stellt einige Anfragen über das Gewinn- und Verlustkonto, vor allem über das Unkostenkonto, das als zu hoch bezeichnet wird. Einige Positionen in der Spezialisierung der Unkosten, die auf mehrfache Wünsche hin erfolgt ist, bedürfen näherer Detaillierung. Das Reisespesenkonto ist besonders hoch. Es scheinen dort Usancen der Privatunternehmungen Platz zu greifen, die aus moralischen und materiellen Gründen besser weg bleiben.

Im Schlußwort äußert sich Seifert über seine von Güttler (Berlin) gewünschte noch genauere Spezialisierung der Unkosten. Die Gesamtverwaltung wird darüber befinden und vielleicht in Zukunft noch eingehendere Aufschlüsse geben. Der Redner erläutert dann, wie sich im einzelnen die Unkosten der Bankabteilung zusammensetzen. Hohe Umzugskosten sind dadurch entstanden, daß 30 Beamte aus Hamburg nach Gröba versetzt wurden. Die Reisespesen entfallen in der Hauptsache auf die 13 Reisevertreter der G. E. G., die im Jahre durchschnittlich 260 Tage auf der Tour sind.

Den Geschäftsführern und dem Aufsichtsrat wird einstimmig Entlastung erteilt, die Verteilung des Reingewinns festgestellt und der ausscheidende bisherige Revisor Gaus-Stuttgart wiedergewählt.

Die Geschäftsleitung beantragt, den Gesellschaftsvertrag dahin abzuändern, daß die Geschäftsführer auf Vorschlag des Aufsichtsrates von der Generalversammlung gewählt werden. Diese Aenderung wird einstimmig beschlossen, nachdem sie von Kaufmann empfohlen worden war; einstimmig wird auch der Vorschlag angenommen, wonach angesichts der wachsenden Arbeit an Stelle von 18 Aufsichtsratsmitgliedern 21 gewählt werden sollen. Diese Aufsichtsratsmitglieder verteilen sich so, daß der 6. Revisionsverband seine 3 Aufsichtsratsmitglieder behält, die übrigen 8 Revisionsverbände stellen je 2 Aufsichtsräte, ebenso der Zentralverband. Die Zahl der Geschäftsführer wird von 3 auf 5 erhöht, neu gewählt werden auf Vorschlag des Aufsichtsrats die Herren Berger, Würfel und Attmann. Zum Prokuristen bei der Abteilung Verwaltung wird Max Josephsohn einstimmig gewählt. Gleichfalls einstimmig wird die Erhöhung des Stammkapitals von 4 auf 6 Millionen beschlossen. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Bernhard-Frankfurt, Oppmann-Magdeburg, Hübner-Gersdorf, Junger-Berlin, Koch-Leipzig und Markus-Dortmund werden wiedergewählt und neu gewählt Paul Neu-Striegau, Funck-Meuselwitz, Bösch-Cannstatt und an Stelle von Attmann Robert Schultz-Halle.

Zum Schluß wird ein Antrag der Genossenschaft „Befreiung" in Elberfeld beraten, der die Verwaltung beauftragen will, der nächsten Generalversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, nach der die Vertretung bezw. das Stimmrecht der Gesellschafter neu geregelt wird. Der Antrag wird nach längerer Beratung mit 165 gegen 116 Stimmen abgelehnt und dann die Generalversammlung geschlossen.

Lebensgefährliche Katarrhe.

Hals- und Nasenkatarrhe, oder, volkstümlicher gesagt, Husten und Schnupfen, entstehen durch Erkältung, die man sich in der jetzigen Jahreszeit leicht zuziehen kann.

Die Erkältung und Reizung durch Rauch, Staub usw. machen die Schleimhäute für die Ansteckung empfänglich, der Staub enthält außerdem vielfach zugleich Ansteckungsstoffe.

Die Erscheinungen des Katarrhs bestehen in einer Entzündung der Schleimhäute, welche die Atmungsorgane auskleiden, und in der Absonderung eines zuerst glasigen, später mit massenhaften Bakterien durchwucherten, zähen oder auch dünnflüssigen Schleimes. Die entzündete Schleimhaut, deren natürliche Abwehrvorrichtung durch die Entzündung außer Funktion gesetzt wird, ist für diese Bakterien der denkbar günstigste Nährboden.

Sie ist aber auch während dieser Zeit eine gefährliche Einbruchspforte für die Ansteckung durch Diphtheritis, Lungenentzündung und Tuberkulose, und es ist ziemlich sicher, daß die große Mehrzahl aller Tuberkulose-Erkrankungen ihren Anfang während solcher Katarrhe nahm. [L. 1564

Da die feinen Verästelungen der Luftröhren in den Lungen, die Bronchien, sich immer wieder mit zähem, bakterienduchwuchertem Schleim füllen, so ist besonders des Morgens ein heftiger Hustenreiz vorhanden, der infolge der Anstrengung sehr schmerzhaft werden und speziell bei älteren Leuten zu mancherlei Komplikationen führen kann.

Nase und Ohr stehen bekanntlich durch einen Kanal in Verbindung, daher greift ein Nasenkatarrh oft auf die Ohren über und verursacht die gefährliche Mittelohrentzündung, deren Heilung äußerst langwierig ist.

Eine sofortige energische Bekämpfung jedes Katarrhs, mag er nun milde oder in der schweren Form der Influenza auftreten, ist deshalb unbedingt geboten. Sie geschieht durch Behandlung der erkrankten Schleimhäute mit desinfizierenden und lösenden Mitteln zwecks Abtötung und leichter Entfernung der Bakterienwucherungen. Diese Behandlung muß sich aber bis in die Tiefen der Lungen erstrecken, denn gerade da ist die Gefahr am größten.

Man hat deshalb schon längst Sprayapparate konstruiert, durch welche zweckdienliche Flüssigkeiten zerstäubt und eingeatmet werden.

Diese Zerstäubung war aber bei den bisherigen Apparaten nicht fein genug, die Hauptmenge der Flüssigkeit gelangte nur bis in den Mund, ein ganz geringer Bruchteil auch in den Kehlkopf, die Verzweigungen der Luftröhre erreichten sie nie.

Das gelingt nun durch Tancrés Inhalator, aus welchem die Flüssigkeit nicht in Tröpfchen mit nassem, schwerem Dampf vermischt austritt, sondern in Form eines feinen, nicht nässenden, gasartigen Nebels, der bis in die feinsten Teile der Luftwege gelangt. So fein ist die Vergasung, daß man diesen Nebel, wenn man ihn eingeatmet hat, wie Zigarrenrauch wieder ausstoßen kann, was bei den alten Apparaten ganz ausgeschlossen ist.

Dadurch erklären sich die schnellen, bisher bei Katarrhen der Luftwege ganz ungewohnten Erfolge, welche zahlreiche Aerzte veranlaßten, Tancrés Inhalator aufzunehmen und ihren Patienten zu verordnen.

Trotz der kurzen Zeit, seit welcher Tancrés Inhalator im Handel ist, liegen bereits über 15 000 Anerkennungsschreiben von Aerzten und Patienten vor, welche durch vereidigten Bücherrevisor und polizeilich beglaubigt sind.

Es handelt sich dabei zum großen Teil um Fälle, die jahrelang jeder anderen Behandlung getrotzt haben.

So schreibt Herr Magistrats-Oberassistent Jak. Krebl, München, Rumfordstraße 23, IV. L.: Es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, daß ich mit dem von Ihnen bezogenen Inhalator sehr zufrieden bin. Ein im November bei mir aufgetretener hartnäckiger Katarrh in Verbindung mit jahrealtem Brustkatarrh verursachte mir ernstliche Befürchtungen, da sich auch schweres Asthma zugesellte und das Steigen zur wahren Qual machte. Ich setzte mein ganzes Vertrauen in den von Ihnen bezogenen Inhalator und kann nun mitteilen, daß nicht bloß der Katarrh mit seinen Begleiterscheinungen und Asthma völlig geschwunden ist, sondern mich auch kräftiger und wohler als je fühle.

Herr Hermann Jahnke, Berlin N. 58, Schönhauser Allee 74, schreibt: Im November v. J. ließ ich mir auf Ihr Inserat in einer Zeitschrift Ihren Inhalator senden. Ich kann Ihnen nur versichern, daß derselbe viel besser ist, als Sie denselben angepriesen haben. Es ist wirklich herrlich, frei zu sein, wenn man sich jahrelang mit dem Katarrh herumgeplagt hat, und jetzt bei dem ungünstigen Wetter ist Hals und Nase in Ordnung.

Nähere Auskunft über den Original-Tancré-Inhalator wird von der Firma Karl A. Tancré, Wiesbaden 5G, gerne kostenlos und ohne Kaufzwang erteilt; man schneide den Coupon aus und sende denselben als Drucksache ein.

Firma Carl A. Tancré, Wiesbaden 5 G.

Ich wünsche genaue Aufklärung über Ihr neues Inhalationssystem. **Es dürfen mir jedoch keine Kosten hierdurch entstehen.**

Name und Stand: .....

Wohnort: .....

Genaue Adresse: .....

Im **offenen** Briefumschlag mit 3 Pf. frankieren.